

Ökoenergieanlagen: Betreiber kassieren auch in der Krise – EEG Umlage festgemauert



Selten wurde in einer Bundestagssitzung wie der am 24. März so viel Dank ausgesprochen. Das ist berechtigt und nicht zu kritisieren, auch wenn nicht alle genannt wurden, die derzeit den noch funktionierenden Teil der Gesellschaft aufrechterhalten. Die Strom-, Wärme- und Gasversorger zum Beispiel, deren Absatz schrumpft und die auf den Kosten für die Organisation der Arbeit unter Pandemiebedingungen natürlich sitzenbleiben. Abschottung der Leitwarten, Einrichtung von Übernachtungsplätzen für das eventuelle Arbeiten unter Bedingungen der Quarantäne und so weiter. Wie immer ist es uns selbstverständlich, dass Energie rund um die Uhr verfügbar ist, in jetzigen Zeiten wichtiger denn je.

Natürlich ist jede Krise schlecht, aber nicht so schlecht, dass es nicht noch schlimmer hätte kommen können. Der gegenwärtige Zustand in eiskalte dunkle Winterzeit mit viel Schnee verschoben hätte alle gegenwärtigen Sorgen deutlich verschärft.

Zumindest die sonst aufgeregten ökokorrekten Diskussionen sind etwas abgeflacht. Niemanden stört jetzt, dass tausende Menschen für viele Stunden des Tages Plastik im Gesicht tragen, dass Diesel-LKWs auch sonntags die Feinstaubzonen befahren und Pendler ihren Auto-Individualverkehr bevorzugen anstelle der ÖPNV-Virenmultiplikatoren. Sehnsüchtig wartet man auf ein passendes Medikament, das dann von ach so bösen Pharmakonzernen produziert werden wird.

Das Klimathema ist weitgehend abgetaucht. Seitdem jeder Werktag schulfrei ist, lohnt der Aufstand der juvenilen Untergangspropheten von fff nicht mehr. Vereinzelt herrscht Freude über derzeit geringe Treibhausgas-Emissionen, verbunden mit der vorsichtig ausgesprochenen Hoffnung, sie mögen doch so niedrig bleiben. Professor Schellhuber verbreitet im Interview mit klimareporter.de die Einsicht, dass weder Viren noch der Klimawandel an Grenzen halt machen. Prinzipiell muss man ihm Recht geben, dennoch hinkt es hier. Vireenträger kann man durch Grenzkontrollen reduzieren, wie inzwischen selbst an deutschen Binnengrenzen praktiziert und wo es schon zu gewaltsamen Grenzdurchbrüchen kommt. Noch wird nicht geschossen.

Polizeisperre durchbrochen, Grenz-Brecher auf der Flucht

Mecklenburg-Vorpommern: Brandenburger müssen mit bis zu zwei Jahren Haft rechnen



Von
LUTZ SCHNEIDELBACH

Rollwitz/Neustrelitz – Die Polizei aus Mecklenburg-Vorpommern rätselt seit Sonnabend, was die beiden Brandenburger Autofahrer geritten hat, die Grenze zu Meck-Pomm zu durchbrechen. Derzeit sind die Landesgrenzen dicht. Außer Einheimischen darf kein Fremder ins Urlaubsbundesland Nummer 1 reisen. Einige versuchen es dennoch.

Man wisse noch nicht, was die beiden Fahrer dazu bewogen habe, die Absperrungen zu ignorieren, hieß es am Montag bei der Polizei in Anklam und in Neustrelitz.

Was war passiert? Auf der Bundesstraße 96 fuhr eine Frau (39) aus Fredersdorf (Landkreis Märkisch-Oderland) auf die Polizeikontrolle bei Neustrelitz zu. Sie hielt an. Anstatt umzukehren, wie es die Polizisten verlangten, gab sie Gas und preschte davon. Die Frau sei nicht verfolgt worden, sagte ein Polizeisprecher. Die Kennzei-

chen und die Halterin des Fahrzeugs seien bekannt. Ebenso unerlaubt fuhr auf der Bundesstraße 109 bei Rollwitz ein Mann unerlaubt ins Land. Auch er ist mittlerweile identifiziert.

Beide Fahrer müssen mit einem Strafverfahren wegen Missachtung von Haltesignalen und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte rechnen. Ihnen drohen Geldstrafen oder eine Haftstrafe bis zu zwei Jahren. Rollwitz grenzt an die Uckermark, Neustrelitz an die Region Oberhavel. Die Polizei prüft an den Bundesstraßen

Fahrzeuge mit landesfremden Nummernschildern.

In Mecklenburg-Vorpommern besteht zurzeit ein Einreiseverbot für Einwohner anderer Bundesländer, wenn sie nicht zur Arbeit in den Nordosten müssen oder andere triftige Gründe vorweisen können. Am vergangenen Wochenende waren im Süden des Landes ungefähr 6000 Autos kontrolliert worden, wobei letztendlich etwa jedes zehnte Fahrzeug wieder umkehren musste. Betrafen waren insgesamt rund 10 Insassen.

Nationale Maßnahmen wie Grenzkontrollen helfen hingegen bei Emissionen nicht. Bilanzen für einzelne Länder oder Regionen kann man erstellen, sie sind aber nur Theorie, wenn die Emissionen nur verschoben werden, zum Beispiel durch zunehmenden Stromimport über Ländergrenzen. Klimanationalismus hilft nicht, globale Probleme zu lösen. In dieser Frage ist die deutsche Sicht allerdings eine besondere, der Weltrettungsanspruch tief verwurzelt. Während wir unseren Nachbarn unser hässliches Gesicht zeigen, bleibt die politische Anmaßung eigener Fähigkeiten auf hohem Niveau. Das unterscheidet uns von den Nachbarländern, die pragmatisch die Probleme zu lösen versuchen. Die Holländer bauen die Deiche höher, Deutschland senkt den Meeresspiegel.

Mit dem schrumpfenden Stromabsatz fallen die Preise an der Börse, auch etwas die der CO2-Zertifikate. Den Haushaltskunden nutzt das nichts, 53 Prozent Staatsanteil am Strompreis bleiben und auch die EEG-Umlage steht festgemauert in deutscher Erde. Zurücklehnen können sich die Betreiber der Ökoenergieanlagen, deren Strom unabhängig vom Bedarf zum Festpreis abgenommen wird. Sie bekommen das Geld vom EEG-Umlagekonto, das über die Netzbetreiber gefüllt wird. Fallen Einzahler am Anfang der Kette aus, zum Beispiel weil Mieter die Stromrechnung nicht mehr zahlen können, haben die Netzbetreiber das Inkassoproblem, nicht die Windmüllerin oder der Biogasmann.

Der Streichelzoo der Erneuerbaren ist krisenfest, egal, wie das Virus heißt. Dafür sollten sich die Profiteure dann doch auch mal bedanken.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE [hier](#)